Angehörigen Info 29

G 10228 D
7.12.1989

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Aktuelles aus den Knästen

Erklärung des Hamburger Info-Büros für Gefangene vom 04.12.1989

Am 30.11. und 01.12.89 gab es bei insgesamt 26 politischen Gefangenen Zellenrazzien, Besuchs- und Telefonverbote sowie Einzelisolierungen.

Was wir bisher im einzelnen wissen:

Bei vielen Gefangenen wurde keine Begründung gegeben; einigen Gefangenen wurde ein Beschluß des BGH vom 30.11.89 vorgelegt. Bei folgenden Gefangenen wurden die Zellen durchsucht:

Ingrid Barabaß	Manuela Happe
Gisela Dutzi	Rolf Heissler
Eva Haule	Hanna Krabbe
Karl-Heinz Dellwo	Christine Kuby
Lutz Taufer	Irmgard Möller
Knut Folkerts	Gabi Rollnik
Luitgard Hornstein	Christian Kluth
Karl Friedrich Grosser	Helmut Pohl
Christian Klar	Rolf Clemens Wagner
Günter Sonnenberg	Christa Eckes
Erik Prauss	Adelheid Schulz
Andrea Sievering	Ingrid Jakobsmeier
Brigitte Mohnhaupt	Sieglinde Hoffmann

Zur Begründung wird verwiesen auf den Anschlag auf Alfred Herrhausen, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, am 30.11.89. Dabei geht der BGH davon aus, daß bei den Durchsuchungen „Beweise" gefunden werden könnten, die für ihre Ermittlungen bezüglich des Anschlags und der Täter nützlich sein könnten. Weiter beziehen sie sich auf den Brief von Helmut Pohl, der im „Angehörigen-Info Nr. 27" abgedruckt worden ist. Zitate aus diesem Brief sollen belegen, daß die Kommunikation der Gefangenen untereinander und nach draußen ausschließlich dem Ziel diene, Anschläge mit vorzubereiten.

In Köln-Ossendorf wurden Ingrid Jakobsmeier, Heidi Schulz, Sieglinde Hoffmann und Christa Eckes, in Frankfurt-Preungesheim Eva Haule, Gisela Dutzi und Ingrid Barabaß am Donnerstag, 30.11.89, in Einzelzellen verschleppt und ihre Zellen in ihrer Abwesenheit durchsucht.

In Ossendorf durften die Frauen nichts außer Schreibsachen mitnehmen. Zwei Schließerinnen standen vor der Tür der Zelle, in der sie isoliert waren. Bei Eva Haule wurden Briefe von anderen Gefangenen und draußen beschlagnahmt. Helmut Pohl wurde von Donnerstag nachmittag bis Freitag früh in eine Bunkerzelle gebracht. Die Zelle von Rolf Heißler wurde versiegelt und er selbst in den Trakt verlegt.

Vorher genehmigte Telefonate wurden etlichen Gefangenen für Donnerstag verboten.

Bei drei Gefangenen aus dem Widerstand, die nicht auf der Liste des Beschlusses stehen — Norbert Hofmeier, Sven Schmidt, Thomas Kilpper —, und bei Rico Prauss wurden am Donnerstag keine BesucherInnen reingelassen.

Bei Luitgard Hornstein wurden bei der Zellenrazzia Sachen aus der „Habe" (die sie nie zu Gesicht bekommen hat), ein Stapel Privatpost sowie Zeitungen und Broschüren mitgenommen.

Helmuts Brief von Ende Oktober wird in unterschiedlichsten politischen Zusammenhängen diskutiert.

Für uns ist der Brief wichtig, weil er Diskussionsansätze beinhaltet, wie wir den Kampf um freie Kommunikation mit den Gefangenen und ihre Zusammenlegung in große Gruppen weiterführen können.

Für Helmut, der seit Prozeßende 1986 in Schwalmstadt von seinen GenossInnen isoliert ist, sind Briefe die einzige Möglichkeit, an Diskussionen teilzunehmen.

Seit Ende des Hungerstreiks hat sich trotz breiter Unterstützung der Forderungen nichts Grundsätzliches an den Haftbedingungen verändert. Die Gefangenen sind immer noch nicht in zwei großen Gruppen.

Trotz einiger Kosmetik, wie ein paar Kleinstgruppen, gibt es unter anderem weiterhin Briefzensur, Besuchsüberwachung usw. Eine freie politische Kommunikation unter den Gefangenen und mit uns draußen ist nicht möglich.

Der Durchsuchungsbeschluß zielt darauf, unseren Kampf darum wieder zu kriminalisieren. Die Attacke des Staatschutzes und die Hetze der Medien gegen die Gefangenen und uns wird uns nicht davon abhalten, weiterzukämpfen für:

die Freiheit der politischen Gefangenen
die Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen
die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen
die freie politische Kommunikation zwischen ihnen im Knast und mit uns draußen!

Wir werden weiter informieren.
Info-Büro Hamburg, Paulinenstr. 15a, Öffnungszeiten: Donnerstag und Freitag von 14 Uhr bis 18 Uhr.
Telefon: 040/31 65 42

Nachtrag: Bei der Durchsuchung der Gefangenen in Lübeck (Hanna Krabbe, Irmgard Möller, Gabriele Rollnik und Christine Kuby) hatten sich zunächst zwei der Frauen geweigert, sie wurden dann mit physischer Gewalt aus den Zellen geschleppt. Es wurde zugleich ein Verhör aller Schließerinnen durchgeführt, wobei diese haben durchblicken lassen, daß sie den Eindruck hätten, die Gefangenen hätten vorher von dem Anschlag gewußt. Zudem gaben die Schließerinnen wohl an, daß die Gefangenen in der Woche vorher verstärkt Besuche von Angehörigen und Anwälten gehabt hätten. Alle vier Gefangenen haben bis auf weiteres Besuchsverbot.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, daß der Durchsuchungsbeschluß des BGH vom 30.11.89 gegen alle 26 Gefangenen sich u.a. auch auf einen Bericht der JVA Lübeck stützt.

(In Preungesheim und Ossendorf ist die Isolation aufgehoben, und die Gefangenen sind wieder zusammen.

Nach telefonischer Auskunft der Straubinger Knastleitung ist Rolf Heißler noch immer im Trakt, „auf unbestimmte Zeit".

— die Redaktion)

Weitere Meldungen

Bochum/Schwalmstadt. Rolf Clemens Wagner ist am Donnerstag, 30.11., nach Schwalmstadt verlegt worden. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, daß er und Helmut Pohl sich sehen können, es wurde aber in Aussicht gestellt, daß die beiden gemeinsamen Hofgang machen können.

Stammheim/Aichach. Manuela Happe ist am Freitag, 01.12., nach Aichach verlegt worden. Claudia Wannersdorfer konnte gleich am ersten Tag einige Stunden mit ihr reden (die beiden liegen auf demselben Flur). Demnächst werden sie zu dritt — also zusammen mit Brigitte Mohnhaupt — fünf Stunden pro Woche Hofgang haben.

Hamburg. Seit dem 01.12. ist der Haftbefehl in dem neuen Verfahren gegen Fritz Storim aufgehoben. Zu dem neuen Verfahren gibt es noch keine Anklage, es ist noch nicht einzuschätzen, ob das Verfahren eröffnet oder eingestellt wird. Am 05.12. fand eine Anhörung beim Strafsenat des 3. OLG statt, in der die Entlassung auf Halbstrafe geprüft wurde. (Ergebnis bis Redaktionsschluß nicht bekannt.)

Mannheim/Hohenasperg. Im Info Nr. 27 haben wir kurz über den Hungerstreik von Roland Schwarzenberger und eine drohende Verlegung — und möglicherweise Zwangspsychiatrisierung — ins Knastkrankenhaus Hohenasperg berichtet. Wie wir jetzt aus einem Brief von ihm erfahren haben, wurde er nach vier Wochen Hungerstreik (vom 10.10. bis 10.11.89) auf den Hohenasperg zwangsverlegt, und zwar auf die psychiatrische Abteilung. Allerdings wird er dort nicht zwangspsychiatrisiert, solange — wie es hieß — keine offensive Gewalt vorliegen würde. Seine Forderungen wurden alle erfüllt.

Erklärungen/Briefe von Gefangenen

Gemeinsame Erklärung der im Düsseldorfer Prozeß angeklagten kurdischen GenossInnen

Der „PKK-Prozeß" in Düsseldorf und das Schweigen der deutschen Linken

Der sogenannte „PKK-Prozeß in Westdeutschland", der von den Behörden jahrelang gezielt vorbereitet worden ist, begann am 24. Oktober in Düsseldorf. Wir glauben, daß es so etwas wie diesen Prozeß in Düsseldorf bisher kaum gegeben hat. So wie dieser Prozeß in Zusammenhang mit der Türkei und Kurdistan steht, so hat er ein internationales Ausmaß. Deshalb messen wir als Anhänger des kurdischen Befreiungskampfes Kurdistans diesem Prozeß eine große Bedeutung bei. Die deutsche imperialistische Herrschaft versucht, indem sie den Mechanismus der „Justiz" in Gang setzt, durch Beseitigen einiger kurdischer Politiker, an deren Person praktiziert, sich gegen den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu stellen und ihn auf die Anklagebank zu setzen.

Deshalb sehen wir im Gerichtssaal weder Verbrecher noch Richter. Ganz im Gegenteil stehen sich in diesem Saal, der ein unmenschlicher Bunker ist, politische Vertreter des kurdischen Volkes und Vertreter eines imperialistischen Staates, die ihr Handwerk gut verstehen, gegenüber. Dieser Prozeß, der sich vollkommen in einen Schauprozeß verwandelt hat, geht nicht nur Kurden an, sondern gleichzeitig auch die linken Kreise in der BRD. Für den deutschen Staat ist dieser Prozeß aus zwei Gründen notwendig. Erstens: für die Auslandsinteressen der BRD (besonders im Mittleren Osten) ökonomischer, politischer und militärischer Art; zweitens: um im Inneren der BRD eine Reihe von Maßnahmen der politischen Sicherheit durchzuführen.

Der bundesdeutsche Staat tritt wegen der Interessen der NATO, deren aktives Mitglied er ist, in die Region des Landes, aus dem wir kommen — Kurdistan — ein. Der gegen die nationale Unterdrückung entwickelte Widerstand gegen die Interessen des Kolonialismus in dieser Region beunruhigt mehr noch als Ankara auch Bonn, Brüssel und Washington. Diese sehen vor, dem kurdischen Volk auf seiner eigenen Erde fortgesetzt seine Freiheit zu entziehen, es nur in Sklaverei leben zu lassen. Es ist nicht möglich, daß wir die Kurden in so ein Kleid stecken. Wie jedes Kulturvolk hat auch das kurdische Volk ein Recht darauf, auf seiner eigenen Erde in Freiheit zu leben. Nun, wir kämpfen wenigstens für dieses Recht. Die Kurdische Arbeiter-Partei (PKK), deren Mitglieder wir sind, hat diesbezüglich wichtige politisch-praktische Annäherungen ermöglicht. In weiten Kreisen wird offen ausgesprochen, daß die PKK in der Türkei und in Kurdistan an die erste Stelle der Tagesordnung gerückt ist. Schließlich hat das kolonialistische türkische Regime seit langem die PKK als „nationalen Feind Nummer 1" proklamiert. Ja, die BRD will diesem „Feind Nummer 1" auf ihrem Boden die Wurzeln abgraben, gegenüber der Türkei und dem NATO-Bündnis ihre Verantwortung ausführen. Die sogenannten Sicherheits- und Nachrichtendienstkräfte dieser darin verwickelten beiden Staaten haben diesen Prozeß mit seit Jahren dauernden unsinnigen Komplotten und Angriffen vorbereitet.



Kurdische Befreiungskämpfer

Der bekannte Generalbundesanwalt Rebmann sieht in diesem Prozeß ein geeignetes Mittel, seine geplanten Projekte zu verwirklichen. Die Institution, an deren Spitze sich der Bundesanwalt seit 13 Jahren befindet, spiegelt die „Garantie der Sicherheit Deutschlands" wieder. Dies geschieht dadurch, daß einerseits in demagogischer Weise dargestellt wird, wie die Sicherheit der BRD „in Gefahr" sei, und andererseits gegen diese erfundene Gefahr strenge Maßnahmen ergriffen werden. Bis jetzt hat Rebmann auf der Grundlage dieser künstlich erzeugten Gefahr den Paragraphen 129a noch mehr verschärft (Strafkatalog u.a.) und hat neue Gesetze wie das Demonstrationsgesetz, Kronzeugengesetz und ähnliches geschaffen. Bis zu diesem Jahr konnte Rebmann dies alles auf der Grundlage der „RAF-Gefahr" erfolgreich verwirklichen. Bei einer Pressekonferenz in den Sommermonaten dieses Jahres erklärte Rebmann offiziell, „die Organisation RAF ist nunmehr nicht mehr wie in der Vergangenheit eine Gefahr". Auf der gleichen Konferenz proklamierte er offiziell, daß die Gefahr, die die innere Sicherheit Deutschlands bedrohe, von Ausländern ausgehe. Nach Rebmann stellen die Kurden (besonders die PKK), die Palästinenser und Iren eine ernstzunehmende Gefahr dar. Rebmann will jetzt auch, die Ausländerfeindlichkeit schürend, die Ausländer- und Asylgesetze ändern. Um eben das machen zu können, ist es notwendig zu beweisen, daß angeblich eine „Fata Morgana" in der BRD umhergeht. Genau das versucht der Generalbundesanwalt mit dem im Zusammenhang mit diesem Prozeß geführten Propagandakrieg. Durch die fehlende Resonanz in der BRD-Linken werden auf dem Wege der Presse und Publikationsorgane gleichlautende einseitige Stellungnahmen abgegeben. Der Bundesanwalt schürt damit in der bundesdeutschen Öffentlichkeit Kurden- und Ausländerfeindlichkeit. Von diesem Klima profitiert am meisten die Partei Franz Schönhubers, deren Wählerstimmen ansteigen.

Nun, der im Schatten dieser und noch vieler anderer Entwicklungen entwickelte Prozeß kann kein „Kurden-Prozeß" sein, wie er oft in der Presse betitelt worden ist. Es gibt genügend Gründe dafür, daß dieser Prozeß jede und jeden angeht. Aber trotzdem er diese Qualität hat, steht das gezeigte Interesse dazu im Widerspruch.

Ich sehe diesen Prozeß als eine Art Prüfung für die BRD-Linke. Denn internationale Solidarität darf nicht nur eine inhaltsleere Parole sein. In dem Moment, wo Solidarität als Bedürfnis empfunden und als notwendig erachtet wird, muß das gezeigt werden. Die heutzutage in der Welt stattfindenden Kämpfe um Befreiung und Demokratie — und natürlich auch der Befreiungskampf in Kurdistan — benötigen eine aktivere Solidarität. Schweigen ermutigt den Staatsterror. Aber die Solidarität, die den Widerstand, den die Völker aus ihrer eigenen Kraft führen, ergänzt, drängt unterdrückerische, kolonialistische und rassistische Regimes in wichtigen Bereichen zurück.

Im Düsseldorf-Prozeß gibt es eine noch konkretere und besonderere Situation. In einer imperialistischen Metropole, die in der einen oder anderen Weise für den existierenden Status der Kurden verantwortlich ist, werden Mitglieder der Befreiungsbewegung vor Gericht gestellt. So greift die BRD in eine Angelegenheit ein, die sich geographisch 5000 Kilometer von ihr entfernt abspielt, betreibt Intervention. Deshalb ist es die demokratische Pflicht aller westdeutschen Linken, dieser Erfüllung der Rolle als Weltpolizist stärker entgegenzutreten. Auch wenn es dahingehend einige Schritte seitens der westdeutschen Linken gegeben hat, so sind diese sehr schwach. Das allgemein herrschende Schweigen gegenüber der Kurdenfrage zeigt sich diesem Prozeß gegenüber noch mehr. Dafür gibt es tatsächlich verschiedene Gründe. Allgemein gesehen ist es eine Tatsache, daß in der Solidaritätsbewegung ein Stillstand eingetreten ist.

Die außenpolitischen Interessen des imperialistischen Staates, kulturelle Unterschiede, die Art der herrschenden Analyse der demokratischen linken Kräfte sind die wesentlichen Gründe für den unterschiedlichen Standard, den wir in der Solidarität erkennen können. Während den Entwicklungen auf einigen Kontinenten größeres Interesse entgegengebracht wird, herrscht denen auf anderen gegenüber Schweigen vor. Wenn wir das konkretisieren: Die erfreuliche Solidarität, die in der BRD den nationalen, sozialen und demokratischen Bewegungen Lateinamerikas gegenüber gezeigt wird, sehen wir nicht in der gleichen Weise für den Mittleren Osten oder für Afrika. Ich denke, der westdeutsche Staat hat im Vergleich zum Mittleren Osten in Lateinamerika so wenig militärische Aktivitäten, daß man fast sagen könnte, keine. Die offizielle Außenpolitik der westdeutschen Regierung gegenüber den konträren Entwicklungen im Mittleren Osten ist das Verstopfen der Ohren. Diese offizielle Politik wirkt auch auf linke Kreise. Zum Beispiel wird für Spendenkampagnen wie für „Waffen für El Salvador" mit Zeitungsanzeigen geworben, und staatliche Kräfte schritten demgegenüber nicht ein. Aber es ist nicht schwer festzustellen, wie stark der Staat dagegen einschreitet, wenn ähnliche Anzeigen für Kurdistan oder

Palästina gemacht werden.

Sind für den ins Auge springenden Standard in der Solidaritätsbewegung die Befreiungsbewegungen, die aus den Kontinenten kommen, verantwortlich? Ganz sicher nicht. Wenn wir Kurdistan als Beispiel nehmen; manche wollen eine Diskussion anfangen, in der sie die PKK dafür verantwortlich machen. Aber wenn wir etwas in die nähere Vergangeneheit zurückblicken, so hat ein bedeutender Teil der demokratischen westdeutschen Linken die Einkesselung, die die westdeutschen und türkischen Sicherheitskräfte gegen die PKK geschaffen haben, nicht durchbrochen. Wir wurden, besonders stark seit 1986 bis jetzt, Ziel der Verfolgung, unzähliger Komplotte und Verleumdungen, die seitens des MIT und verbündeter Geheimdienste begründet worden ist. Damit verbunden wurde mit Hilfe der Medien eine „Bloßstellungs- und Isolierungs"-Kampagne gegen die PKK geführt. Es wird nicht schwer sein zu begreifen, welche negativen Auswirkungen diese einseitigen einstimmigen Angriffe auf eine ihrer Möglichkeiten beraubte politische Bewegung hat. Es wurden eben einige Kreise der westdeutschen Linken Werkzeuge dieser Kampagne oder beiteiligten sich bewußt daran. Auf dieser Grundlage wurde ein ungünstiges Klima für unsere Partei geschaffen. Es ist jedoch eine bedeutende Tatsache, daß letztendlich der Bundesanwalt deshalb in Bewegung gesetzt worden ist, weil trotz all dieser Entwicklungen der Befreiungskampf der PKK in Kurdistan wichtige Entwicklungen erreicht hat. Es ist dafür sowieso schon vorher eine günstige Grundlage geschaffen worden.

Unserer Meinung nach ist es nicht zufällig, sondern geplantes Vorgehen, daß der Bundesanwalt dieses Verfahren nicht 1984, sondern 1988 eröffnet hat. Es wird von einigen Schwerverbrechen geredet, auch wenn diese schon fünf Jahre zurückliegen und es sogar auch schon dafür verurteilte Personen gibt. Der Bundesanwalt mußte eine aufgeblasene Liste angeblicher „schwerer Verbrechen" vorlegen, um dieses Verfahren eröffnen zu können. Dazu wollte der Bundesanwalt mit vor fünf Jahren abgeschlossenen Fällen, ergänzt durch einige Vorfälle, die sich angeblich in Kurdistan und im Libanon zugetragen haben sollen, eine aufgeblasene, aufgebauschte Anklageschrift zurechtzimmern. Natürlich besitzen diese aufgeblasenen immensen Tatvorwürfe keinerlei Richtigkeit und Wahrheitsgehalt. Diese haben nur zum Ziel, die wahren Absichten zu verschleiern. Bei uns gibt es ein Sprichwort: „Wer ein Minarett stehlen will, wird auch etwas finden, womit er es verhüllen kann." Der Generalbundesanwalt glaubt eben, daß er damit etwas zum Verhüllen gefunden hat.

Ich glaube, daß es notwendig ist, daß einige Kreise, die in der Vergangenheit eine negative Haltung eingenommen haben, diese selbst kritisieren und auch in die Praxis umsetzen, indem sie ihre Solidarität bekunden. Daß die PKK ihre Pflicht, die ihr dabei zukommt, erfüllen wird, ist sicher. Unsere Partei und die BRD-Vertretung waren immer für Beziehungen und Freundschaft offen; berücksichtigten ernsthaft die Weiterentwicklung fördernden Vorschläge und Kritik. Der von manchen gegen uns gerichtete Vorwurf, wir würden „zu wenig internationalistische Solidarität zeigen", entbehrt jeder Grundlage. Es ist so, daß unser mit den größten Anstrengungen in Kurdistan entwickelte Widerstand gegen die größte und aggressivste Armee im Mittleren Osten das größte Beispiel internationalistischer Solidarität darstellt. Der Sieg des Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes in Kurdistan wird einen großen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten. Darüber hinaus ist es keine Übertreibung zu sagen, daß dieser Kampf dem demokratischen linken Kampf in Europa Lebendigkeit, Moral und Vertrauen gibt.

Die Bedingungen, unter denen dieser Prozeß durchgeführt wird, machen es notwendig, daß angesichts der Gefahren, die sie in sich tragen, Zeichen gesetzt werden. Die Generalbundesanwaltschaft benutzt dieses Verfahren als Versuchsobjekt, um einige ihrer Ziele durchzusetzen. Denn in diesem Verfahren werden einige Methoden versucht, die es in der jüngeren deutschen Geschichte nicht gegeben hat. Vor allem gibt die Bundesanwaltschaft mit diesem Verfahren dem Paragraphen 129a eine ganz neue Bestimmung. So wird dieser Paragraph vollkommen zu einem Gesinnungsparagraphen. Zum ersten Mal wird in der BRD eine ausländische Organisation mit diesem Paragraphen angeklagt. Die Fortführung gegen Organisationen anderer Länder (Türkei, Palästina, Irland u.a.) ist vorbestimmt. Außerdem werden zum ersten Mal in der BRD Personen angeklagt für angebliche Straftaten, die nicht hier begangen worden sind. (Eine Genossin und ein Genosse in diesem Prozeß werden beschuldigt, angeblich zwei Personen im Libanon zum Tode verurteilt zu haben. Die deutschen Staatsanwälte kennen noch nicht einmal die Namen dieser beiden Personen!)

Die Bedingungen in dem Verfahren sind, wie von vielen ausländischen Delegationen festgestellt, ein absoluter Skandal. Wir sind gefangen in einem menschenunwürdigen Glaskasten. Ohne direkte Verbindung zu unseren Anwälten, und in dem Glaskasten sitzen zahlenmäßig mehr Wächter als wir. Da die meisten von uns nicht Deutsch können, können sie wichtige Teile des Gesprochenen nicht verstehen oder sich nicht verteidigen. Es wurde bewiesen, daß die dort vorhandenen Dolmetscher des BKA und der Bundesanwaltschaft, was die politische und juristische Sprache anbelangt, unfähig sind, das geht so weit, daß sie das Wort „Mitglied" mit „Soldat" falsch übersetzten. Unter diesen Bedingungen lastet auf uns ein starker Druck. Die Generalbundesanwaltschaft will ohne Dolmetscher und unter diesen menschenunwürdigen Bedingungen ein schnelles Ende herbeiführen. In dem Düsseldorf-Prozeß fehlt jede wirkliche Gleichheit zwischen Ankläger und Angeklagten. Dieser Prozeß entbehrt absolut jeglicher demokratischer, rechtsstaatlicher Elemente.

Da dieses Verfahren ein rein politisches ist und unter absolut unwürdigen Bedingungen stattfindet, wird es nicht schwer sein, jetzt schon vorherzusagen, was das Urteil sein wird. Wird der BRD-Staat mit diesem Prozeß sein Ziel erreichen? Wir sind nicht so pessimistisch, das zu bejahen. Mit polizeilichen Methoden können die Befreiungskämpfe der Völker nicht verhindert werden.

Eine Reihe schon jetzt gefaßter Beschlüsse in diesem Verfahren (zum Beispiel der Glaskasten und ähnliche Beschlüsse) besitzen historische Qualität. All das wird bei zukünftigen politischen Verfahren angewendet werden. In diesem Sinne können die demokratischen linken Kreise angesichts all dieser bedeutenden Entwicklungen ihren Kopf nicht in den Sand stecken. Sich gegen diese Methoden zu wenden und aktivere Schritte in der Solidarität mit dem nationalen Befreiungskampf Kurdistans, sind das, was wir erwarten.

— Hoch die internationale Solidarität!!

— Das kurdische Volk wird siegen!!

10. November 1989

Aktuelles international

Erklärung der spanischen politischen Gefangenen

Gegen die Zerstreuung — Wiederzusammenlegung!

Im Morgengrauen des 9. November wurden vier Militante der PCE(r) und der GRAPO, die in Soria inhaftiert sind, sowie vier gefangene Frauen der gleichen Organisationen, die in Carabanchel/Frauen eingesperrt sind, und ein Genosse, der in Daroca sitzt, in andere Gefängnisse verlegt.

Am folgenden Tag wurden unsere sieben Genossen, die im Knastkrankenhaus von Carabanchel eingesperrt sind, nach einem lange währenden Hungerstreik, der ihre Verlegung von Almeria veranlaßte und während dem sich die Strafvollzugsbehörden dazu verpflichteten, sie alle zusammen in ein Gefängnis zu verlegen mit menschenwürdigen Bedingungen, auf sieben verschiedene Knäste auseinandergerissen.

Das ist die Art, in der die PSOE-Regierung die Übereinkommen respektiert, die sie schließt, und wie sie ihre Verpflichtungen und ihre Versprechungen einhält. Es ist auch kein Zufall, daß sie die acht Genossinnen und Genossen auseinandergerissen haben, die in anderen Gefängnissen den Streik begonnen haben in Solidarität mit dem, der in Almeria geführt wurde; mit dieser wütenden Aktion der Rache und Vergeltung wollen der Polizist Corcoera und seine Spießgesellen uns erpressen, indem er uns warnt, daß alle Solidarität ohne Rücksicht bestraft wird. Diese Maßnahmen, die sie gegen uns anwenden, sind nichts Isoliertes von der Repression, die gegen die Streikenden, die Jungen oder die Bauern angewandt wird, in voller Anwendung der „harten Haltung", vorangetrieben von der Regierung des Felipe Gonzalez nach den Wahlen, die darin besteht, alle arbeitenden Menschen noch mehr auszubeuten und jeden Anschein von Protest und Widerstand zu vernichten.

Seit den Auseinanderlegungen von 1987 an hat sich die Situation in allen Gefängnissen verschärft mit drastischen Kürzungen der gemeinsamen Freizeit und restriktiven Maßnahmen bei der Kommunikation mit draußen bis zum Extrem der totalen Kontaktsperre, Schläge, permanente Provokationen, Todesdrohungen und die Bildung einer GAL im Knast, die Postzensur usw. All das geschieht immer häufiger und bringt uns in immer größere Wehrlosigkeit. In all den Gefängnissen, in die unsere Genossen und Genossinnen auseinandergerissen wurden, wurde organisiertes Arbeiten und Studium vom ersten Moment an unmöglich gemacht durch die Hindernisse und Provokationen, die die Knastadministration fast täglich auf uns anwendet, indem sie die Anweisungen des Innenministeriums ausführt. Die dauernde Hetze, der Druck und die Isolierung an verschiedenen Orten weit voneinander entfernt sind die Hauptgründe, daß trotz des festen Widerstands der aus-

einandergerissenen politischen Gefangenen es praktisch unmöglich ist, würdige Haftbedingungen in einem der Gefängnisse zu erkämpfen und zu halten.

Wenn wir bis jetzt in den Knästen von Carabanchel/Frauen und Soria Bedingungen hatten, die uns erlaubten, ein minimal würdiges Leben zu führen, so haben die letzten Repressalien vor und nach dem Wahlschwindel gezeigt, daß wir nicht darauf warten müssen, neue repressive Hiebe zu erleiden, die die Erfolge, die so viele Jahre des Kampfes und Opfer gekostet haben, um sie für unser ganzes Kollektiv zu erreichen, liquidiert werden.

Das Ziel, das der Staat mit diesen Maßnahmen verfolgt, ist die Zerstörung der Kollektive der politischen Gefangenen, ist, uns daran zu hindern, unsere revolutionären Ideale zu erhalten und zu verteidigen, daß wir uns ergeben und uns der Wiedereingliederungspolitik ausliefern, die zuletzt mit dem angeblichen Fortschritt von „Graden" nuanciert wurde. (Die „Grade" bedeuten verschiedene Abstufungen des Isolationsprogrammes — die Red.). Das alles nach der Schaffung von Bedingungen, in denen wir wehrlos, untereinander und von der Solidaritätsbewegung draußen total isoliert sind. Doch werden wir revolutionären Gefangenen nicht mit verschränkten Armen dasitzen, während die PSOE uns weiter mit ihrer Erpressungs- und Vernichtungspolitik angreift. Im Gegenteil, der Widerstand in den Knästen muß von nun an in eine neue Phase treten, in der es als einzig mögliche Lösung angesichts dieser Enge um die **„Wiederzusammenlegung"** der politischen Gefangenen gehen muß, in denselben Kollektiven, die jetzt auseinandergerissen sind, und in denselben Bedingungen, die wir bis jetzt hatten. Bedingungen, die uns ermöglichen, mit einem Mindestmaß an Würde in den Knästen zu arbeiten, zu studieren und zu leben.

Es beginnt also ein Kampf, von dem man sagen kann, daß er hart und schwierig wird, in dem es sein kann, daß jemand von uns seine Gesundheit und sein Leben verliert; dennoch ist klar, daß sie uns keinen anderen Ausweg lassen und daß nur die Zusammenlegung garantieren kann, daß unsere physische und politische Integrität respektiert wird. Aufgrund all dessen appellieren wir an Eure Solidarität und an die aller Genossen, die draußen kämpfen und arbeiten, denn nur mit Eurer Hilfe können wir die verbrecherischen Pläne des psoistischen Staates zerschlagen; nur die Solidarität kann den Plänen der Bourgeoisie begegnen und sie besiegen, wie es der Hungerstreik der Genossen in Almeria angesichts ihres Anlaufes vor den Wahlen gezeigt hat. Aus keinem anderen Grund fürchten die Faschisten der PSOE so sehr jeden solidarischen Gedanken oder Praxis, wie sie es mit diesen Auseinanderlegungen deutlich manifestiert haben.

Genossen: **Nur die Wiederzusammenlegung**, mit festen Grundlagen, kann das Leben und die Würde der politischen Gefangenen garantieren. Wir sind uns unseres Geiselstatus in den Händen des Staates sehr bewußt, aber auch wissen wir aus der Erfahrung langer Jahre des Kampfes, daß wir durch einen entschlossenen Widerstand draußen und in den Knästen dieses Ziel erreichen können. Die Wiederzusammenlegung ist nun eine dringende Notwendigkeit für alle politischen Gefangenen, so für uns Kommunisten wie auch die Anarchisten oder die baskischen, katalanischen und galicischen Nationalisten. Deshalb ermutigen wir alle, die verschiedenen Solidaritäts- und Antirepressionsorganisationen, alle unsere Freunde, zusammen für dieses gemeinsame Ziel zu arbeiten; die Pläne der PSOE-Regierung, mit denen sie uns vernichten will, zu denunzieren, die Solidarität mit den verlegten Genossen und Genossinnen zu fördern, ihnen Hilfe zu leisten und andere Menschen zu organisieren, in jeder Art von Initiative, die für das Ziel der Wiederzusammenlegung wirkt. Wir schlagen Euch die Bildung von **Komitees für die Wiederzusammenlegung aller politischen Gefangenen** vor oder von ähnlichen Gruppen, die alle einschließen, die bereit sind, uns gegenüber ihre Solidarität zu zeigen und sich an dem Kampf für die Wiederzusammenlegung zu beteiligen, um alle Initiativen und Aktivitäten, die in diesem Sinne entstehen, zu koordinieren und zu potenzieren.

Schluß mit der Isolation und Vernichtung der politischen Gefangenen! Gegen das Auseinanderreißen, Kampf für die Wiederzusammenlegung!

Politische Gefangene aus der PCE(r), den GRAPO und ein libertärer Gefangener. Soria, 11.11.89

Neue Adressen der verlegten Gefangenen;

Mercedes Padrós Corominas: Centro Penitenciario de Cuenca (mujeres), Carretera de Tarancón, 16071 — Cuenca

Carmen Cayetano Navarro: Centro Penitenciario de Sevilla-2 (mujeres), Ctra. de Torreblanca-Mairena del Alcor, km. 3, 41007 — Sevilla

Ana García Rueda: Prisión Provincial de Huelva (mujeres), Carretera de Madrid, 21071 — Huelva

Ana Belén San Miguel: Prisión Provincial de Zamora (mujeres), Carretera de Almaraz, km. 2, 49071 — Zamora

Francisco Cela Seoane, Olegario Sánches Corrales, Manuel Quesada, José Balmón Castell: Centro de Cumplimiento de Daroca, 50360 — Daroca (Zaragoza)

Antonia Narváez Ternero: Centro de Cumplimiento de S. Antón Cartagena, Apdo. 68, 30290 — Cartagena (Murcia)

11702 — Ceuta

Juan José Donoso Pulido: Prisión Provincial de Almería, Apdo. 221 El Acebuche, 04080 — Almeria

Juan García Martín: Prisión Provincial de Murcia, Agdo. 796, 30071 — Murcia

Antonia Pedrero Donoso: Centro Penitenciario de Alicante, Apdo. 476, 03071 — Alicante

Fernando Hierro Chemón: Centro Penitenciario Puerto-1, Apdo. 555, 11500 — Puerto de Santa Maria (Cadiz)

Joaquín Calero Arcones: Centro Penitenciario Puerto-2, Apdo. 600, 11500 — Puerto de Santa Maria (Cadiz)

José Antonio Ramón Teijelo: Centro Penitenciario de Ocaña, C/ Mártires s/n, 45300 — Ocaña (Toledo)

Francisco Grotóns Geneyta: Centro Penitenciario Sevilla-1, C/ Mariano Benlliure, 1, 41005 — Sevilla

Juan Manuel Pérez Hernández: Prisión Provincial de Valencia, Apdo. 22144, 46071 — Valencia

José María Sánches Casas: Prisión Provincial de Badajoz, Carretera de Olivenza, km. 7, 06080 — Badajoz

Josefina García Aramburu, Teresa Gonzáles, Carmen López Anguita, C/Lehendakari Aguirre 92, 48970 — Basauri (Bizcaia)

Eva Alonso Arce, Aurora Cayetano Navarro, Alicia Artímez, C.P. de Castellón, Carretera Alcora km.10, 12071 — Castellón

Milagro Caballero Carbonell: C/Juan de Vera 10, 28045 — Madrid

Prozeßerklärung von zwei politischen Gefangenen in Südafrika

„Drei Umkontho weSizwe-Kader, Vukane Mhlongo, Nkosinathi Mazibuko und Ntombenhle Mazibuko, wurden am Montag ins Gefängnis gesperrt wegen Verstoßes gegen das Interne Sicherheitsgesetz. Zwei von ihnen hatten es abgelehnt, am Verfahren teilzunehmen, und forderten den Richter auf, die Genfer Konvention von 1977 anzuwenden, derzufolge Soldaten, die an einem nationalen Befreiungskrieg gegen Kolonialismus und Rassismus beteiligt sind, der Status von Kriegsgefangenen zu gewähren sei. Der Richter wies diese Forderung zurück." ‚The New African' hat den Fall verfolgt. Die drei Angeklagten wurden zu zehn, sieben und zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nachfolgend drucken wir die Übersetzung der in ‚The New African' erschienenen Rede, die von zweien der Angeklagten vor Geicht gehalten wurde, bevor sie eingesperrt wurden, in Auszügen ab.

„Als erstes möchten wir diesem rassistischen Gericht zur Kenntnis geben, warum wir beschlossen haben, nicht an diesem Verfahrn teilzunehmen.

Wir sind überzeugte Mitglieder von Umkontho weSizwe. Wir haben gegen das illegale Regime zu den Waffen gegriffen, um Apartheid zu zerstören. Dies ist Terrorismus im Sinne ihrer Gesetze, die jedoch wiederum von demselben illegalen Regime gemacht wurden. Dieses Gericht ist ein Teil desselben Regimes, das vom Volk des Verrates angeklagt wird. In Südafrika ist kein schwarzer Richter zu finden. Das liegt nicht daran, daß wir nicht die Fähigkeit hätten, sondern weil wir für sie weniger wert sind als ihre Haustiere. Dieses Gericht stellt das in den letzten Zügen sich befindende rassistische System dar, nur in einer anderen Form. Deshalb sind politische Gerichtsverhandlungen eine reine Formalität, die beabsichtigt, das System aufrechtzuerhalten. Wir werden hier angeklagt, gegen das Interne Sicherheitsgesetz, wie sie es nennen, verstoßen zu haben. Und das ist verwunderlich, weil Unsicherheit von Natur und Charakter der Apartheid hervorgebracht wird. Der Vorwurf lautet, wir hätten versucht, ihren Staat zu stürzen.

Für uns bedeutet Apartheid ein Verrat an unserem Volk, weil sie geschaffen wurde, um den Interessen einer Minderheit zu dienen. Unser Verfahren findet zu einer Zeit statt, während das rassistische Regime eine Desinformationskampagne führt und Anti-Apartheid-Aktivisten ermordet. Gegenwärtig hat das Regime die Kontrolle über unser Volk verloren, ihre Wirtschaft befindet sich in einer Krise, und dieses kennzeichnet eine revolutionäre Situation. Sowohl im Lande als auch international hat der Feind Unterstützung verloren. Deshalb kann das Regime sich nicht von der andauernden Krise befreien. Das Apartheidsystem ist physisch, psychisch und anders gewaltsam, weil es Gesetze wie den berüchtigten Ausnahmezustand erläßt, die der Gestapopolizei und anderen Hitleranhängern das Recht geben, ziellos unsere Men-

schen zu erschießen.

Wir glauben, daß Südafrika allen gehört, die darin leben, sowohl Schwarzen wie auch Weißen, und daß keine Regierung sich als rechtmäßig betrachten kann, solange ihr Mandat nicht auf dem Willen des Volkes beruht. Deshalb verurteilen wir die scheußliche Apartheid wegen ihres Charakters und ihrer Natur. Wir geben keine Entschuldigung ab für ihre Zerstörung. Das rassistische, faschistische Regime steht deshalb wegen Verrats auf der Anklagebank, und das Volk zieht die Anklage nicht zurück und wird es nicht tun. Wir bereuen es nicht, daß wir Mitglieder des African National Congress und seines militärischen Flügels, Umkhonto weSizwe (Speer der Nation), sind. Wir sind nicht schuldig, da das Apartheidsystem Hauptursache der gegenwärtigen Situation ist. Wir lehnen es ab, als Terroristen oder Kriegshetzer betrachtet zu werden, da es das bösartige System ist, das uns zwang, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Deshalb ist Tötung kein Hobby von Umkhonto weSizwe.

Was die Anklage gegen uns betrifft, betonen wir nochmals, daß es ihr Staat ist, der angeklagt sein sollte. Zur Aufrechterhaltung seiner gewaltsamen Natur hat er viele demokratische Organisationen gebannt, ihre Führer sind im Gefängnis oder unterliegen Beschränkungen. Tausende von Anti-Apartheid-Aktivisten sind getötet worden. Andere sind zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung, wie sie es nennen, ohne Gerichtsverhandlung verhaftet worden. Es ist Terrorismus, wenn demoralisierte SADF-Psychopathen und faschistische Gestapopolizei unschuldige Männer, Frauen und Kinder angreifen. Es ist Terrorismus, wenn die Botha-Malan-Junta-Regierung unschuldige und unbewaffnete Bürger in benachbarten Ländern in der Nacht militärisch angreift. Wir erinnern an Matola, Gaborone (Botswana, Anm. d. Übers.) und andere Orte. Es ist Terrorismus, wenn alle Nachbarstaaten im Namen von Apartheid angegriffen werden. Es ist Terrorismus, wenn südafrikanische Todesschwadronen mit Hilfe von ANC-Abtrünnigen, ‚Askari Gruppe' genannt, die Zivilbevölkerung angreifen und Greueltaten durchführen. Wir erinnern an Mzisi Dube, Vitoria Mxenge, David Webster und viele andere. Es ist Terrorismus, wenn Kinder gnadenlos getötet werden. Wir erinner an Mita Ngobeni, ein dreijähriges Mädchen, das in Mamelodi getötet wurde.

Unser gerechter Kampf richtete sich gegen das ungerechte Regime. Wir haben zu den Waffen gegriffen, als das Regime uns keine andere Wahl ließ, als unsere Politik mit anderen Mitteln fortzusetzen. Der bewaffnete Kampf wurde begonnen, um der unorganisierten Gewalt mit organisierter revolutionärer Gewalt zu begegnen. Wir sind nicht angeklagt, weil wir Terroristen sind, sondern weil wir unser Volk und unser Land lieben. Apartheid ist keine Geschichte, die uns unsere Großmütter erzählt haben, sondern ein übles System, unter dem wir seit vielen Jahren leiden. Es ist Terrorismus, wenn Kinder im Namen von Apartheid in Slums geboren werden, in kleinen überfüllten Häusern wohnen, während andere wegen ihrer Hautfarbe einen hohen Lebensstandard genießen. Wir betonen nochmals, daß es das System ist, das des Terrorismus schuldig gesprochen werden muß ...

Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie von der internationalen Gemeinschaft erklärt wurde. Wir als Soldaten sagen, daß sie ein Verrat an unserem Volk ist ... Trotzdem wird sie aufrechterhalten, um das Leben von Millionen in diesem Lande zu zerstören, und daran erkennt man, wie verachtend das System ist.

Der Feind wurde von der anhaltenden Krise getroffen, die ihren Höhepunkt erreichte, als der Kampf 1984 eine neue Qualität annahm ... Wir von Umkhonto weSizwe sind der Überzeugung, daß der bewaffnete Kampf und die Unterstützung für bindende und umfassende Sanktionen gegen Südafrika zu der gegenwärtigen explosiven Situation beigetragen haben. Der Druck gegen Südafrika zwang auch Dr. van Zyl Slabbert und viele andere, dem Parlament den Rücken zu kehren ...

Wir wissen, daß der Kampf nie ein Kinderspiel war und daß es kein einfacher Weg zur Freiheit ist. Wir erwarten Schmerz, Gefängnis, selbst den Tod, das wird Teil des Opfers sein, falls die Geschichte es von uns fordert ... Als Soldaten wissen wir, die Schlacht haben wir verloren, aber den Krieg werden wir gewinnen. ‚Gestern war es Zimbabwe, heute ist es Namibia, und morgen wird es Südafrika sein.' ...

Quelle: The New African, 28.8.89; aus: Azania-Nachrichten 10/89

Grußadresse an die Comadres

Wir, die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD, grüßen heute die Comadres und das Volk von El Salvador.

Den Angehörigen und Freunden der politischen Gefangenen und Verschwundenen von El Salvador gehört unsere Liebe und Solidarität.

Sie haben gezeigt, daß sie sich bisher auch unter schwierigsten Bedingungen wie terroristischen Bombenanschlägen, Verschleppungen, Vergewaltigungen, Folterungen, Mord bis hin zu Phosphorbombardements ganzer Stadtteile nicht einschüchtern noch von dem Ziel der Befreiung der politischen Gefangenen und der Aufklärung der Schicksale der Verschwundenen haben abbringen lassen.

Wir Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD identifizieren uns mit den Zielen von Comadres. Wir sind in unserem Kampf für die Durchsetzung der Zusammenlegung und der Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen in der BRD mit dem gleichen Feind konfrontiert. Auch wenn die Angriffe gegen uns bis jetzt nicht in vergleichbarer Schärfe ausgetragen werden.

Aber dem BRD-Staat und dem ARENA-Regime geht es um das gleiche:
die Menschen daran zu hindern, aus eigener Kraft eine menschliche Gesellschaft aufzubauen gegen ihre Macht- und Profitgier.

Und so lernen wir von den Comadres, von ihrem Mut, ihrer Tapferkeit und Beharrlichkeit.
Das Volk wird siegen. No paseran — dort wie hier.
Frankfurt/Main, 02.12.89

Freilassung aller Haftunfähigen!

Aus einem Brief von Claudia Wannersdorfer

... ich will dir heute darüber schreiben, wie es jetzt hier aussieht. mein antrag auf verlegung nach lübeck wurde abgelehnt, wie bei brigitte auch. meine rechtsanwältin hatte sich in dem verlegungsantrag auf das letzte gutachten von dr. lieven gestützt. er hat darin eindeutig darauf hingewiesen, daß man mich in eine gruppe verlegen sollte, damit die auslöser für die anfälle — die haftbedingungen — sich verringern bzw. verschwinden.

um das gutachten haben die sich genauso wenig geschert wie das letzte mal. dr. lieven hat mir auch erzählt, daß im letztes jahr gesagt wurde, er könne schreiben, was er wolle, das werde an ihrer haltung nichts ändern.

für den anstaltsleiter hier sieht die „gruppe" in seinem antwortschreiben — auf weisung des jumis (Justizministeriums — die Red.) — auf den verlegungsantrag deshalb auch so aus: „... wird darauf hingewiesen, daß die antragstellerin hier auf einem gang mit derzeit 20 weiteren verurteilten untergebracht ist ... desweiteren steht es ihr frei, täglich hofgang mit weiteren 50-70 personen zu verbringen."

statt verlegung kamen sie jetzt mit was ganz anderem an. nächstes jahr im mai ist mein 2/3-termin. ich bin vom anstaltsleiter öfters darauf angesprochen worden, ob ich den wahrnehmen wolle, über die modalitäten könne man sprechen usw. aber: meine freilassung wird dabei nicht etwa im zusammenhang mit meiner krankheit erwogen, sondern mit abschwören, reue und einsicht (bzw. heute reicht es ja schon, wenn du sagst, daß du nichts mehr machst). jedenfalls das alte lied.

während sich draußen gruppen und initiativen bilden, die für die freilassung der haftunfähigen kämpfen, und sich in allen städten leute überlegen, was das für ihre eigene praxis bedeuten kann, „jetzt nicht mehr loszulassen", um die zl und die kommunikation mit uns durchzusetzen, setzen sie auf desorientierungskampagnen — „einzelne gefangene schwanken, wollen abschwören" etc. —, wo sie sich jetzt am liebsten bei mir eine bestätigung dafür holen würden — und drehen ansonsten die schraube wieder zu: die angriffe in celle und ossendorf, ihre hartnäckige weigerung, günter rauszulassen, die beinahe vollständige isolation der genossen in stammheim von jeder politischen diskussion und so perverse projekte wie in bielefeld, wo thomas thoene im hochsicherheitstrakt zusammen mit vier anderen (sozialen) gefangenen „wohngruppenvollzug" machen soll.

mir ist dabei eingefallen, was die genossInnen von ad (Action Directe — die Red.) dazu gesagt haben: „die europäische norm ist die aufzwingung einer endgültigen entscheidung: resozialisierung oder eliminierung." ...

Brief an Justizminister Eyrich

Sehr geehrter Herr Minister Eyrich!

Wer sich in der BRD noch seiner eigenen Bedürfnisse bewußt ist,
wer nicht nur konsumieren und sich konsumieren lassen will,
wer nur sich selbst und nicht Eurem Wertesystem gehorcht,
wer SEIN wichtiger findet als HABEN,
der wird von diesem Gesellschaftssystem, dessen Vertreter Sie sind, vernichtet.

Stellvertretend für alle, die ihr Selbstwertgefühl nicht im Erfolg er-

kennen, die unter LEBEN etwas ganz anderes verstehen, als nicht tot zu sein, denen das Gefühl füreinander mehr bedeutet als die Verwirklichung auch nur einer einzigen EURER Gewaltphantasien, habt IHR unsere Kinder und Freunde in Kerker gesperrt.

STAMMHEIM — materiell gewordener Begriff EURER Vorstellung vom Umgang mit dem politischen Gegner.

PLÖTZENSEE — dasselbe und noch mehr: Schon unsere antifaschistischen Väter wurden dort getötet.

Ossendorf, Aichach, Bielefeld, Straubing, Lübeck, Bochum, Schwalmstadt, Essen, Preungesheim, Bruchsal . . .

Orte, an denen Kämpfer gegen dieses System gebrochen werden sollen, an denen sie eingekerkert sind mit den Opfern dieses Systems, die schon gebrochen waren, als sie dorthin kamen. Sie sind zusammen eingesperrt und dennoch voneinander isoliert, weil IHR Angst habt, sie könnten sich solidarisieren.

IHR habt solche Angst, daß IHR den Gefangenen sogar das Recht auf eine qualitative ärztliche Behandlung verweigert. Günter Sonnenberg hat trotz seiner wiederholten Entzündungen im Bein bis heute keine Diagnose der tatsächlichen Ursachen.

Eine Ärztin therapiert, ohne zu wissen, was.

Wir fragen nach ihrer Kompetenz, ihrem Verantwortungsgefühl, ihrem ärztlichen Selbstverständnis, weil ihr Umgang mit Günter Sonnenbergs Krankheit eine fatale Ähnlichkeit mit unterlassener Hilfeleistung hat.

Wir fragen Sie, Herr Minister, nach Ihrer Verantwortung für Leben und Gesundheit der Gefangenen. Wir fragen Sie das, weil sich die Ärzte in Ihren Gefängnissen zu einem Teil Ihres Strafvollzugs machen lassen, in dessen Interesse sie jederzeit bereit sind, den hippokratischen Eid auf amtliche Anordnung zu brechen.

Wir werden nicht aufhören, die Freilassung von Günter Sonnenberg zu fordern.

Alle Angehörigen und Freunde der politischen Gefangenen in der BRD am 10. November 1989

Brief der Pastoren- und Diakonenkonferenz in Göttingen-Stadt

An den Justizminister von Baden-Württemberg, Herrn Dr. **Eyrich** in Stuttgart; **betr.: Haftentlassung für Günter Sonnenberg.**

Sehr geehrter Herr Minister, wie wir hören, bemühen sich Gruppen aus verschiedenen Teilen der Bundesrepublik in aufwendigen Unternehmungen (z.B. Fahrt von Niedersachsen nach Stuttgart) um die Haftentlassung von **Günter Sonnenberg**, der als Gefangener aus der RAF seit 12 Jahren einsitzt und dessen Situation in Ihren Händen und Ihrer Verantwortung liegt.

Günter Sonnenberg ist ernsthaft krank.

Wir lasen im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" Nr. 32 vom 11. August 1989 folgende Bezugnahme auf seinen Zustand und seine Entlassungsaussichten:

„. . . Unverständlich ist die Unnachgiebigkeit der Behörden im Umgang mit schwererkrankten Inhaftierten . . .

Noch ärger ergeht es Günter Sonnenberg. Bei seiner Verhaftung erlitt er einen Kopfschuß. Andreas Baader nannte ihn einst ‚kretinisiert'. Er mußte das Sprechen neu erlernen. Noch immer hat er epileptische Anfälle. Vor dem Hungerstreik hieß es, Karl Grosser werde in Bruchsal zu ihm gelegt, seitdem ist Sonnenberg mehrmals von Bruchsal zum Hohen Asperg — mit welchem Ziel? — zwangsverlegt worden.

Der Rechtsstaat kennt kein Junktim zwischen dem Anspruch auf ein Minimum an Menschlichkeit auch im Gefängnis und bekundeter Abkehr von der Gewalt seitens der Inhaftierten. Es ist absurd, sich ausgerechnet im Falle der Schwerkranken unnachgiebig zu zeigen. Setzt man den Willen zur Humanität voraus, könnten die Epileptiker Günter Sonnenberg und Claudia Wannersdorfer durch ärztliche Gutachten Haftunfähigkeit bescheinigt bekommen. Das wäre ein Zeichen. Keine staatliche Autorität würde dadurch unterminiert."

Herr Minister, wir — Mitglieder der Pfarr- und Diakonenkonferenz in Göttingen-Stadt — bitten Sie dringend, die berechtigten bittenden Rufe der Solidaritätsgruppen und dieser renommierten Wochenzeitung zu hören und — human und souverän — die schnelle Haftentlassung des schwergeschädigten **Günter Sonnenberg** zu veranlassen.

Göttingen, den 8.11.1989

Dieser Brief wurde von 24 Mitgliedern unterzeichnet.

Aufruf zur Kundgebung in Bruchsal am 16.12.89

Wir lassen jetzt nicht mehr los, war die Parole während des Hungerstreiks der Gefangenen aus RAF, Widerstand und kämpfenden Gefangenen. Das gilt noch immer. Weder die Zusammenlegung der Gefangenen in große Gruppen noch die Freilassung aller Haftunfähigen ist durchgesetzt. Die Verantwortlichen, vor allem in Baden-Württemberg, halten an ihrer harten Haltung fest.

Wir geben jetzt keine Ruhe mehr, und schon gar nicht in Bruchsal. Ihr Alltag soll nicht mehr so ablaufen, als wäre es das Normalste der Welt, daß Genossinnen und Genossen gefangen gehalten und gefoltert werden. Menschen, die gegen das System der Knete, gegen Ausbeutung und Völkermord der Imperialisten in der „Dritten Welt" und gegen Entfremdung, Vereinzelung und Unterdrückung hier — für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit ihr Leben einsetzen.

Langfristig wollen wir sie alle draußen haben, weil wir sie brauchen für den Kampf, der die Macht des Geldes bricht.

Nach Bruchsal gehen wir, weil dort Günter, Christian und Carlos sitzen. Sie und alle Gefangenen in Bruchsal, die sich gegen das menschenverachtende Knastregime wehren und organisieren, wollen wir unsere Solidarität spüren lassen.

Wir wollen ihnen erzählen, was hier draußen läuft: zur Zusammenlegung, zu den Haftunfähigen, nach dem Mord an Conny, zu El Salvador, zum Prozeß in Düsseldorf gegen die kurdischen Gefangenen . . .

Bruchsal ist ein Langstraferknast, der für sein besonders hartes Knastregime bekannt ist. Ständig gibt es für die Gefangenen Verschärfungen. Gut in Erinnerung ist der Einsatz von Psychopharmaka — sogenannte Betonspritzen. Oder das Fotografieren der Gefangenen von der Knastmauer aus bei der letzten Kundgebung, um sie, wenn sie sich bemerkbar machen sollten, Repressalien unterwerfen zu können. Jede menschliche Regung soll im Keim erstickt werden.

Eng verbunden mit all dem ist der Name des Anstaltsleiters Preusker. Er ist nach Justizminister Eyrich der direkt Verantwortliche für die Situation der Gefangenen, also auch für die von Günter. Und er ist es, der als Anstaltsleiter und Vorsitzender der Anstaltsleiter-Konferenz in Baden-Württemberg ein Konzept gegen „gefährliche Gefangene" entwickelte, wonach sie alle zwei Wochen zu verlegen sind, damit sie keine sozialen Kontakte aufbauen können. In Bruchsal ist auch die „Knast-GSG" (eine Spezialtruppe von Schließern) stationiert, die in ganz Baden-Württemberg für Rollkommandos, Zellenrazzien und im Stammheimer Prozeßbunker gegen die Gefangenen eingesetzt werden.

Bei Günter haben sie es fast schon bei seiner Verhaftung 1977 geschafft, ihn durch einen Kopfschuß zu töten. Aber er hat überlebt und hat sich trotz der Vorenthaltung wichtigster medizinischer Maßnahmen, trotz Isolationsfolter und Knastterror als Mensch behauptet. Er hat sich Lesen und Schreiben wieder angeeignet, die Fähigkeit zur Kommunikation, kurz: fast alles und gegen ihren Willen und gegen ihren Terror. Infolge des Kopfschusses leidet er unter epileptischen Anfällen und unkontrolliert auftretenden Entzündungen. *Er ist haftunfähig seit seiner Verhaftung.*

Nach dem Hungerstreik wurde in Berlin Angelika Goder, Gefangene aus der Guerilla, Haftunterbrechung gewährt. Sie litt an einer Hüfterkrankung, die dringend operiert werden mußte.

Christoph von Hören, Gefangener aus dem Widerstand, der schwer krank ist, ist inzwischen aus dem Knast entlassen.

Wir wollen jetzt die Freilassung von Günter und allen anderen Haftunfähigen durchsetzen!

Freilassung von Günter Sonnenberg! Freilassung von Claudia Wannersdorfer! Freilassung von Bernd Rössner! Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen! Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen sofort! Wir sind nicht alle — raus mit den Gefangenen!

Kundgebung am 16.12.89 vor'm Knast in Bruchsal, Treffpunkt 14.00 Uhr auf dem Parkplatz am Schloßgarten

Erklärungen von Angehörigen

Erklärung einer Mutter und Bericht zur Repression gegen Angehörige

Als die Gefangenen im Februar 1989 in ihren zehnten Hungerstreik gingen, haben wir Angehörigen das als Signal verstanden.

Wir entschlossen uns, das Angehörigen-Info wieder herauszugeben, um zu verhindern, daß die Existenz von politischen Gefangenen weiterhin geleugnet und über ihre Haftbedingungen gelogen oder geschwiegen werden kann. Gleich zu Beginn war das Info Gegenstand einer Fragestunde im Bundestag. Ein CSU-Abgeordneter pervertierte unsere Solidarität mit den Gefangenen unter lautstarken Unterstützungszurufen von Grünen dahingehend, daß er uns beschuldigte, unsere Kinder in den Selbstmord zu treiben. Auch die Verfolgungsbe-

hörden hatten das Info ständig im Blick. So wurde die verantwortlich zeichnende Redakteurin mit Anzeigen verfolgt, die sich aus dem Abdruck von Briefen herleiteten, die vorher unbeanstandet die Politzensur der Knäste passiert hatten, aus denen sie kamen.

Lächerlich und erschütternd zugleich — wie durchsichtig die Intentionen der Verfolgungsbehörden sind. Einerseits wollen sie natürlich den Anschein erwecken,sie ließen die Äußerungen der Gefangenen ungehindert zu. Daher verlassen Briefe zunächst wie selbstverständlich den Knast. Dann aber wird zugeschlagen gegen Dritte, um die Weiterverbreitung zu unterbinden und gleichzeitig den Vorwurf von 129a-Kriminalität anbringen zu können. Es sind die gleichen Methoden, wie sie sie auch in ihren Prozessen anwenden: Frei zugängliche Bücher, Zeitungen und Informationspapiere werden zu Belastungsmaterial hochstilisiert, wenn sie sich in den Wohnungen von Menschen aus dem Widerstand befunden haben. Hauptsächlich geht es ihnen aber darum, den Gefangenen jedes Forum zu nehmen, wo ihre Gedanken, ihre Berichte aus dem Knast, ihre Vorstellungen von einer Politik mit menschlichem Gesicht abgedruckt werden können.

Unser kleines Info ist wohl das letzte Druckerzeugnis, das die Wahrheit über die BRD-Politjustiz und die ihr angegliederten Knäste berichtet. Und das wissen sie. Ihre Pressegleichschaltung hat beim Angehörigen-Info keine Chance. Ebensowenig wie der systemimmanente Druck, der vom guten Stern auf allen Straßen und den Hastewas-dann-biste-was-Leuten auf jeden ausgeübt wird, der engagierte Berichterstattung versucht.

Darum sind wir inzwischen sogar der Hauspostille des Verfassungsschutzes mit Namen „Die Welt" wichtig genug, um zitiert zu werden, und zwar in einem Artikel vom 16.11.89, in dem sie in propagandistischer Absicht den Begriff „Angehörige" mal für Menschen im Untergrund und mal für uns, die Eltern und Geschwister der Gefangenen, verwenden.

Wir antworten darauf nicht mit einem Leserbrief. Den würden sie sowieso unterschlagen. Wir antworten im Jargon dieses Hetzblattes:
„DIE WELT" plant neue Hetzkampagne gegen politische Gefangene. Jagderöffnung mit BAW, BKA, VS und den Machtmitteln der Medienkonzentration am 16.11.89 auf Seite 5.
Hat Springer noch Journalisten mit Moral und Kompetenz?

Gleichschaltung und Hetzkampagnen sowie das Wegdrücken der für den Widerstand wichtigen Nachrichten haben bei uns zu der Überlegung geführt, von jetzt ab im Info zu melden oder zu kommentieren, was wir für nötig halten. Heute bringen wir die Geschichte von Menschen aus Mainz, die einer Willküraktion ausgesetzt waren, die von den Zeitungen weitgehendst unterschlagen wurde. Hauptgrund für den Abdruck ist aber, daß die Mutter des einen Angeklagten zu allem, was sich die Staatsorgane geleistet haben, auch noch von der Polizei terrorisiert wurde.

Alle Gewalt geht vom Volke aus . . .

so jedenfalls sagte Richard von Weizsäcker, unser Bundespräsident, am 40. Jahrestag der BRD-Verfassung. Wie das in der Praxis aussieht, kann die nachfolgende Geschichte belegen.

Am 16.9.86 fand anläßlich der ATA-Tagung im Mainzer Hilton eine Demo mit Kundgebung statt. Ungefähr 100 Leute blieben nach Beendigung des offiziellen Teils zu einer Spontandemo zusammen. Die ca. 1300 Polizisten, die schon die Hauptdemo dicht eingerahmt hatten, blieben fast komplett bei der kleinen Gruppe. Sie versuchten sofort eine Einkesselung, die ihnen aber erst im zweiten Anlauf gelang. Ca. 70 Leute wurden für zwei Stunden in strömendem Regen auf engstem Raum eingeschlossen und festgehalten und danach trotz Widerstand in Polizeibusse verfrachtet und abtransportiert. Bei der ED-Behandlung gab es weiteren Widerstand. Soweit die Vorgänge, die unter dem Begriff „Mainzer Kessel" bekanntgeworden sind.

Vier gezielt ausgesuchte Leute, die in dem Kessel gewesen waren, bekamen später Strafanzeigen. Darunter Joachim Schorr aus Wiesbaden.

Drei erhielten Geldstrafen. Achim wurde am 16.5.89 wegen „Widerstand" zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Er bleibt bis zum Haftantritt auf freiem Fuß. Der Staatsanwalt hat Revision eingelegt, weil ihm das Urteil zu milde ist.

Am Sonntag, den 21.5., wurde Achims Mutter dreimal im Abstand von zehn Minuten per Telefon terrorisiert. Eine Männerstimme, mit Frauenstimmen im Hintergrund, sagte: „Ihr Sohn Joachim ist auf der Flucht erschossen worden!" Frau Schorr ist überzeugt, daß das eine Polizeiaktion war. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt auch ein anderes Vorkommnis neue Bedeutung für sie:

In der Nacht vom 18. auf den 19.5. war Achim mit ca. 15 Freunden auf Motorrädern und mit Autos zu einer Ingelheimer Wache gefahren, um für Freunde, die dort wegen einer Nichtigkeit festgehalten wurden, eine „Geräuschdemo" zu veranstalten. Ohne mit den Polizisten der Wache in Kontakt gekommen zu sein, fuhren sie nach Beendigung ihrer Aktion kurz nach Mitternacht zurück. Auf der Autobahn war dann plötzlich eine Straßensperre. Polizisten schossen in die Luft, zerrten die Leute aus den Autos und von den Motorrädern. Ein paar ließen sie durch. Andere ketteten sie aneinander, machten bei gezogener MP eine Personenkontrolle und ließen die Leute dann alle gehen. Die Polizeifahrzeuge hatten die Kennzeichen Mz und Nw. Sie müssen von Rheinlandpfälzern — also der Ingelheimer Wache — alarmiert worden sein.

In Mainzer Zeitungen wurde nichts über diese Staatsgewalt-Aktion gebracht.

Prozesse

Straubing. (Bericht) Am 4.12., 9.00 Uhr, begann vor dem Amtsgericht Straubing der Prozeß gegen acht Genossinnen und Genossen aus Stuttgart, die am 3. Mai d.J. eine Spontan-Kundgebung vor dem Knast Straubing gemacht hatten. Rolf Heißler war damals den 63. Tag im Hungerstreik, die Lage hatte sich für ihn zugespitzt. Nachdem die acht auf dem Polizeirevier bei der ED-Behandlung übel mißhandelt worden waren, bekamen sie im Herbst ein Verfahren wegen unerlaubter Kundgebung, Körperverletzung, Widerstand und Beleidigung. Die Sicherungsmaßnahmen am 4.12. — Straßenkontrollen am Stadtrand, Personalienfeststellung, Durchsuchung des Gepäcks, das anwesende Polizeiaufgebot — entsprachen Stammheimer Verhältnissen. Im Verfahren hat der Richter sämtliche Anträge des Verteidigers auf Aufhebung der Kontrollen und Personenfeststellungen, Einstellung des Verfahrens sowie auf Zeugenladung von Rolf Heißler entweder gar nicht behandelt oder abgelehnt (nur die Personalienfeststellung hat er im nachhinein für unzulässig erklärt, ohne daß klar ist, was mit den Ausweiskopien geschieht.) Als die acht ihre Erklärungen zu diesem Prozeß und seinem Hintergrund gemacht hatten, blieben sie von der weiteren Verhandlung weg. Daraufhin ließ der Richter sie zwangsweise vorführen: In einer Großaktion der Polizei schleifte diese die acht aus einem Cafe in der Innenstadt, brachte sie gefesselt in den Gerichtssaal. Mithilfe von Provokationen der Polizei erreichte es der Richter auch, daß er uns alle Zuhörer von der Verhandlung ausgeschlossen hat, noch bevor er sie wieder eröffnet hatte. Ausdrücklich bezog er sich dabei auf solche Personen, die „den Angeklagten in Aussehen und Verhalten ähnlich seien". Bei der Räumungsaktion durch die Polizei nahmen sie einen weiteren Genossen fest, der jetzt ebenfalls ein Verfahren wegen Widerstands hat. Den gegen ihn gerichteten Befangenheitsantrag hat der Richter in einer ausführlichen Erklärung sogleich abgelehnt und dann — ohne Öffentlichkeit — das Verfahren fortgesetzt. Da am Abend die Beweisaufnahme noch nicht abgeschlossen war, ließ er die acht in Gewahrsam nehmen, damit sie „am Mittwoch, den 6.12., 9.00 Uhr bei der Fortsetzung des Verfahrens anwesend seien".

Straubing. (Bericht) Am 26.5.89 fand eine kleine Kundgebung in Straubing vor dem Knast statt. Wir wollten nach Abbruch des Hungerstreiks unsere Nähe zu den Gefangenen ausdrücken und sie über die aktuelle Situation in anderen Knästen und draußen informieren. Auf dem Rückweg nach München wurden wir im Auto von der Polizei mit Maschinenpistolen im Anschlag gestoppt. Wir haben am 19.12., 13.00 Uhr, Zimmer 127/1 in Straubing, Amtsgericht, einen Prozeß wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Wir fänden es gut, wenn viele kommen, weil wir uns das Recht auf Kundgebung nicht nehmen lassen wollen.

Ankündigungen

Veranstaltungen

Düsseldorf. 02.12.-26.12.89, Ausstellung „Machen Sie sofort die Schranktür zu!" — Zeichnungen zur Isolationshaft. Zwischenraum im Niemandsland, Heerstr. 19. Öffnungszeiten: Di bis Fr 17.00-20.00, Sa und So 16.00-20.00 Uhr. Dias zur Ausstellung am 02.12. um 18.00.

Stuttgart. 08.12., 13 Uhr, Kundgebung zur Freilassung von Günter Sonnenberg. Treffpunkt: Karlsplatz.

Nürnberg. 09.12., Kunstverein, Fest im Rahmen der Freilassungskampagne mit Live-Musik.

Köln. 11.12., 20.00 Uhr, Alte Feuerwache, Veranstaltung zu Wider-

stand und Repression im Baskenland. Eine Vertreterin der Angehörigen-Organisation Gestoras pro Amnistia und ein ehemaliger politischer Gefangener werden über die aktuelle Situation in Euskadi berichten.
Bruchsal. 16.12., Kundgebung vor dem Bruchsaler Knast. Treffpunkt: Parkplatz am Schloßgarten um 14 Uhr.
Mainz. 17.12., 14 Uhr, ESG (roter Backsteinbau gegenüber der Uni), Am Gonsenheimer Spieß. Zweites Vorbereitungstreffen für einen Kongreß zu den Perspektiven des antiimperialistischen Widerstands Ende Januar 1990. Das Diskussionspapier zum Kongreß kann gegen eine 1-DM-Briefmarke bestellt werden bei: kontext e.V., Leibnizstr. 24, 6500 Mainz.
Stuttgart. Die nächste Kundgebung zur Freilassung von Günter Sonnenberg vor dem baden-württembergischen Justizministerium findet am 15.01. um 11 Uhr statt.

Verlagsmitteilung

Nach dem tödlichen Attentat auf den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, sah sich der Verlag des Angehörigen-Info gezwungen, gegenüber der Presse auf einer Richtigstellung von Falschzitaten zu bestehen. Basierend auf einer dpa-Meldung hatte eine große Zahl regionaler und überregionaler Zeitungen behauptet, der im Info Nr. 27 vom 10.11.1989 veröffentlichte Brief von Helmut Pohl habe Passagen enthalten, mit denen zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß Attentate der Sache der Gefangenen nützlich wären. Die zum Beleg herangezogenen Passagen lauteten: „... den Kampf wieder mit allen Mitteln aufzunehmen ...", „... mit voller Power ...", „(die „Initiative") ... an die kämpfende Ebene ... (abgegeben)". Sie wurden von einer Vielzahl bürgerlicher Zeitungen (ausgenommen die Süddeutsche Zeitung) offensichtlich ohne eigene Prüfung übernommen. Der Verlag ist dabei festzustellen, welche — wie zu vermuten ist amtliche — Stelle diese Falschzitate in Umlauf setzte.

Ferner hat der Verlag mitzuteilen, daß anders, als wilde Behauptungen zuletzt des Innenministers Schäuble (... Brief hätte die Zelle nie verlassen dürfen ...) vermuten lassen, die Veröffentlichung oder Verbreitung dieses Briefes nicht strafrechtlich verfolgt wurde oder wird.

Aufruf zur Verbreitung des „Angehörigen-Infos"

Seit Beginn des Hungerstreiks der politischen und kämpfenden Gefangenen in der BRD im Februar dieses Jahres erscheint kontinuierlich das „Angehörigen-Info", herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD: während des Streiks wöchentlich als „Hungerstreik-Info", nach Streikende ab Mai vierzehntäglich als „Angehörigen-Info". Es berichtet regelmäßig authentisch, aktuell, BRD-weit und international über die Situation in den Knästen sowie mit eigenen Diskussionsbeiträgen der Gefangenen. Informationen, die keineswegs von seiten der Herrschenden ohne weiteres geduldet werden. Erinnert sei nur daran, daß z.B. allein der Gebrauch des Wortes „Zusammenlegung" mit einem § 129a-Verfahren bestraft werden konnte. Der durch die Breite der Unterstützung der ZL-Forderung erkämpfte Raum an inhaltlicher Auseinandersetzung und Öffentlichkeit muß erhalten und erweitert werden. Denn die Situation der Gefangenen hat sich nicht grundlegend verändert. Es geht immer noch um dieselben Forderungen der Gefangenen nach Zusammenlegung in große Gruppen, freier Kommunikation und Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen. Auch weltweit kämpfen Gefangene aus revolutionären Bewegungen gegen die unmenschliche Unterdrückung in den Knästen. Über all das muß weiterhin berichtet werden können.

Angriffe gegen das Info sind schon gelaufen:
— Ein § 129a-Verfahren wegen dem Abdruck einer Erklärung von Andrea Sievering in Info Nr. 9 (mittlerweile eingestellt).
— Ein § 90a-Verfahren wegen dem Abdruck einer Erklärung von Rolf Heißler in Info Nr. 4. Die „Verunglimpfung des Staates" besteht darin, daß Rolf in dieser Erklärung die Politik der BAW angreift.
— Weiterhin hat die BAW die Kölner Staatsanwaltschaft aufgefordert zu prüfen, ob wegen der Dokumentation der Kundgebungsreden am 13.10. in Stuttgart in Info Nr. 27 ein weiteres § 90a-Verfahren eingeleitet wird.

Informationen über die Situation in den Knästen an sich stellen für die Herrschenden schon eine Bedrohung dar, sie reißen dem Staat die liberale Maske weg, indem sie die Isolationsfolter benennen und so die Lügen des Staatsapparates aufzeigen. Ihre eigene Propaganda hat für sie eine immense Bedeutung, weil sie die Wahrung ihrer Maske gewährleistet.

Die Notwendigkeit der Veränderung der Haftbedingungen, die in Helmut Pohls Brief (siehe Info Nr. 27) beschrieben wird, wird von den Medien jetzt so gebracht, als ob dieses Info ein Teil der Logistik der Aktion der RAF war. Wir sehen das als Vorbereitung einer neuen Kriminalisierung von uns.

Das „Angehörigen-Info" begreifen wir als **einen** Schutz für die Gefangenen.

Unterstützt deshalb das „Angehörigen-Info" durch Abonnements und durch Verkauf/Verbreitung in Buchläden, in Euren Zentren und auf Veranstaltungen! Wir bitten die Leute aus den Buchläden darum, nochmal zu prüfen, ob die Höhe ihrer Bestellungen ausreicht oder ob es möglich ist, die Nachfrage zu erhöhen. Zum Beispiel könnte das „Angehörigen-Info" gut sichtbar ausgelegt werden und so auch Menschen erreichen, die es bis jetzt noch nicht kennen oder noch nicht wissen, daß es auch weiterhin regelmäßig erscheint.

Wir haben uns als weitere Möglichkeit zur Verbreitung des „Angehörigen-Infos" auch überlegt, daß in möglichst vielen regionalen Stadt-Zeitungen und auch überregionalen Zeitungen folgender kurzer Text veröffentlicht werden könnte. Falls Ihr Möglichkeiten und Ideen zur Veröffentlichung habt, setzt Euch bitte eigenständig dafür ein, daß diese Anzeige möglichst breit veröffentlicht wird.
Text für Anzeige:

Das „Angehörigen-Info" erscheint auch nach Beendigung des Hungerstreiks der politischen und kämpfenden Gefangenen in der BRD für Zusammenlegung in große Gruppen, freie Kommunikation und Freilassung aller Haftunfähigen weiter. 14täglich informiert es **aktuell** und **authentisch** über die Situation und Diskussionsbeiträge revolutionärer Gefangener hier und weltweit. Jede/r kann es abonnieren. Durchbrecht die Mauern des Schweigens! Schafft Öffentlichkeit! Abonniert das „Angehörigen-Info"! **Bestellungen** über GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/211658.

Die Bestellungen und Abonnements laufen über den GNN-Verlag Köln. Die genauen Abonnementsbedingungen sind im Impressum des „Angehörigen-Infos" auf Seite 8 unten angegeben.

Die Redaktionsgruppe des Infos dankt Euch für Euer Engagement in dieser Sache.
Redaktionsanschrift über GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278.

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: für den Verlag: Christiane Schneider; für die Herausgeber: Adelheid Hinrichsen. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/211658. Einzelpreis: 0,80 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 26,-, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 10 Stück das Heft zu 0,50 DM und ab 50 Stück zu 0,40 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen. Überweisung bitte auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.